

zugestellt durch post.at
Erscheinungsort: Mürzzuschlag, Verlagspostamt 8680

MHM Mürzzuschlag - Hönigsberger Mitteilungen

Information der **KPÖ**



Klein, aber
mit Biss!

www.muerzzuschlag.kpoe.at

Nr. 115 Dezember 2013

*Ein glückliches, gesundes und vor allem friedliches neues Jahr
wünscht allen Mürzzuschlag/innen, Hönigsberger/innen
und den Bürgern der Gemeinde Ganz*

*die KPÖ Mürzzuschlag
mit ihren Gemeinderäten
Franz Eisinger und Franz Rosenblattl*





Kommentar

Normalerweise wünscht man zu Weihnachten und zum Jahreswechsel den Bekannten, Freunden und Verwandten Alles Gute und was weiß ich noch alles... Diesmal liebe Leserinnen und Leser erlaube ich mir was zu wünschen: Ich hab

mich in der stillen Vorweihnachtszeit zwischen Gemeinedratsausschüssen, Weihnachtsfeiern, Weihnachtseinkäufen und anderen Aktivitäten hingesetzt und selbst einen Wunschzettel an das Christkind, den Knecht Ruprecht oder das Väterchen Frost, – wer auch immer bei mir vorbeikommt – geschrieben. Darauf standen viele Wünsche, unerfüllbare aber auch solche mit großer Chance auf Erfüllung.

Nun, was war das Alles?

Ich wünschte mir zum Beispiel, dass die zwei steirischen Reformpartner endlich einsehen, dass man keine Gemeindefusion ungestraft erzwingen kann und die Leute mit ihren Ängsten und Bedenken nicht etwas aufzwingen soll was sie partout nicht wollen. Ein anderer Wunsch wäre, dass die neue Bundesregierung endlich das Geld bei jenen holt, die es haben. Banken, Konzerne und Vermögende. Gleichzeitig soll sie das Geld so verteilen, dass jene, die es erarbeiten, endlich soviel bekommen um sich neben den Wohnkosten vielleicht wieder einmal was anderes leisten zu können.

Ein Wunsch wäre auch, dass in unserer Gemeinde, eine angenehmere politische Kultur- Diskussionsbereitschaft, demokratische Mitsprache, Toleranz und Respekt und vor allem Aufrichtigkeit- wieder Einzug hält.

Ich würde mir auch wünschen, dass die Stadtwerke nicht vor Weihnachten Strom- und Fernwärmeabrechnungen verschickt, denn da brauchen wir unser Geld wo anders, schließlich wollen wir ja auch etwas unter den Christbaum legen können.

Ein ganz anderes Ansinnen wäre, dass alle Menschen die hier leben an ihren Handlungen und ihren Taten, aber nicht nach ihrer Herkunft, beurteilt und behandelt werden.

Damit ist meine Liste noch lange nicht erschöpft. Ich würde mich über alles freuen, wenn es 2014 zu einem Ende des Pflegeregress kommen würde. Durch eine Lösung des Problems der Pflegevorsorge könnte die Bundesregierung voll punkten. Aber jetzt bin ich wieder bei den Wunschträumen, die mit Sicherheit auch solche bleiben werden.

Was ich mir für Sie, liebe Leserin und Leser sowie Ihren Angehörigen für das kommende Jahr wünschen kann, wäre vor allem Gesundheit, Frieden und ein glückliches Neues Jahr.

Franz Rosenblattl

Aus dem Gemeinderat

Betriebskosten bei Gemeindewohnungen

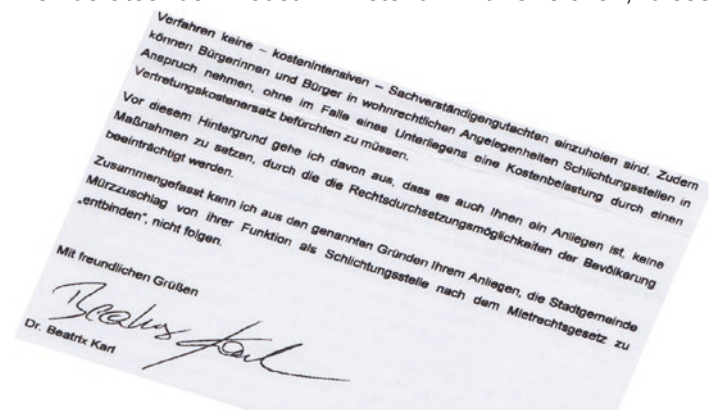
KPÖ-Gemeinderat Franz Rosenblattl stellte bei der Sitzung im September eine Anfrage zu den stark erhöhten Betriebskosten in manchen Gemeindewohnungen. Diese resultierten, so die Antwort des Finanzreferenten Baumer, aus einer geänderten Abrechnung der Hausbesorger. Übrigens stiegen in den letzten 10 Jahren die Betriebskosten um rund 32 Prozent, die Kosten für die Hausbetreuung allerdings um satte 35 Prozent.

Information aus der Presse

KPÖ-Gemeinderat Franz Eisinger beschwerte sich über die immer öfter erlebte Praxis, dass Gemeinderäte Informationen und Beschlüsse erst aus den Medien erfahren und nicht in den zuständigen Ausschüssen bzw. im Gemeinderat behandelt werden. Dort würden zudem manchmal sogar Falschinformationen verbreitet. „Für mich ist das ein falsches Verständnis von Demokratie. Die Gemeinderäte müssen ja zu Informationen kommen, bevor etwas passiert, um gegebenenfalls auch eingreifen zu können“ so Eisinger.

Schlichtungsstelle

Ein großes Thema war die Schlichtungsstelle der Stadt Mürzzuschlag. Diese dient dazu, Streitigkeiten, die sich aus dem Mietrecht ergeben, schon im Vorfeld außergerichtlich und damit kostenlos zu schlichten. Somit können kostspielige und oft langwierige Gerichtsverfahren vermieden werden. Wie Franz Rosenblattl (KPÖ) aufdeckte, versuchte Bürgermeister Rudischer (SPÖ) unter Umgehung des Gemeinderates beim Justizministerium zu erreichen, diese



Schlichtungsstelle zu schließen. „Mir geht es um Verwaltungsvereinfachung. Die Schlichtungsstelle kostet Geld und wird eh kaum angenommen“, so Rudischer. Franz Rosenblattl: „Wenn man die Leute informieren würde, dass es eine solche Einrichtung gibt, dann wird sie auch angenommen. Das Entscheidende ist: die Schlichtungsstelle kostet der Gemeinde nichts, aber erspart den Betroffenen Gerichtskosten.“ Dieser Meinung schloss sich übrigens auch das Justizministerium an, es sprach sich sogar eindeutig für den Erhalt der Schlichtungsstelle aus.

2014: Politikergehälter steigen um 25%

Ein wichtiges Thema in der Gemeinderatssitzung war das **Budget für 2014**. Dabei wurden einige interessante Kennzahlen genannt. So betrug die Inflation (Verbrauchspreisindex) seit dem Jahr 2001 30 Prozent, während die gemeindeeigenen Steuern um 33,5 Prozent stiegen. Die Gemeinde ist also in ihrem Bereich (das sind insbesondere die Ge-

bühren für Kanal, Wasser, Müll) teurer als die Inflation. Rosenblattl: „Es darf nicht sein, dass die Gemeinde hier als Preistreiber agiert.“

Zum Budget führte Rosenblattl aus, dass die Bedarfszuweisungen vom Land, die eigentlich für Investitionen vorgesehen sind, für das Stopfen von Budgetlöchern verwendet werden. Der Spielraum für die Gemeinden wird immer enger. „Gleichzeitig erhöht man die Politikerbezüge um 25 Prozent. Das ist ja ein Skandal!“, so Rosenblattl. (Die Budgetrede ist auf der nächsten Seite nachzulesen)

Arnd Meissl (FPÖ) kritisierte, dass in Folge der Bezirksfusion bereits 12 Arbeitsplätze aus der Region verschwanden. Richard Thonhauser (Grün) kritisierte die Zusammenlegung des Sozialhilfeverbandes: „Zahlen dürfen wir, aber bestimmt wird alles nur in Bruck.“ Das Budget wurde gegen die Stimmen aller anderen Parteien von der SP Fraktion beschlossen.

Leiharbeiter bei der Gemeinde

Seit nunmehr mehr als sieben Jahren beschäftigt die Stadtgemeinde Kindergärtnerinnen über eine Leiharbeitsfirma. Diese Kindergärtnerinnen fallen um gewisse Zulagen, Feiertage usw. um. Daher gehört die Leiharbeit – gerade bei Langzeitanstellungen – zurückgedrängt. Das fordert auch die Gewerkschaft. Die KPÖ stellte daher in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag, dass die Gemeinde die Kindergärtnerinnen und eine Leiharbeiterin im HOT als Gemeindebedienstete einstellt.

Franz Rosenblattl: „Diese Leute haben bewiesen, dass sie eine gute Arbeit machen. Und ich verlange, dass sie jene Zulagen und Zuwendungen bekommen, die ihnen auch gesetzlich zustehen!“

Bürgermeister Rudischer, der den Antrag in einem Ausschuss verschwinden lassen wollte, argumentierte mit „unvorhersehbaren Kosten“, da man Gemeindebedienstete nicht so leicht kündigen kann wie Leiharbeitskräfte. Das erzürnte GR Franz Eisinger: „Diese Leute sind ja Menschen, und die haben das Recht auf eine Sicherheit in ihrer Lebensplanung! Die Gewerkschaft kämpft für sichere Arbeitsverhältnisse, und hier, in einer sozialdemokratisch regierten Stadt, will man nichts davon wissen. Herr Bürgermeister, du argumentierst mit denselben Argumenten wie die Neoliberalen!“

Die Mehrheit aus SPÖ und ÖVP stimmten gegen den Antrag. Bezeichnender Weise verließ der Fraktionsführer der SPÖ, Christian Haagen, vor der Abstimmung den Saal. Offenbar war ihm von seiner Partei verboten worden, für die Interessen der Kindergärtnerinnen einzutreten. Der Obmann des Betriebsrates der Stadtwerke, Thomas Gstättnner (ÖVP), nahm zu der Angelegenheit nicht einmal Stellung. Der Fraktionszwang ist hier offenbar wichtiger als die Interessen der arbeitenden Menschen (siehe Kommentar rechts).

Sozialdemokraten als Arbeitgeber

Bei der letzten Gemeinderatssitzung wurde von uns ein Antrag eingebracht, die seit mehreren Jahren als Leiharbeiter/innen Beschäftigten, in den Gemeindedienst zu übernehmen. Vor allem um diesen fähigen Mitarbeiter/innen eine Gleichstellung in Arbeits- und Dienstrechtlichen Belangen zu gewähren. Gerade bei Zeitarbeitern, wissen wir alle, ist die Ausbeutung



am harten Arbeitsmarkt oft besonders schlimm.

Dieser Antrag wurde jedoch von Seiten der SPÖ und ÖVP einhellig abgelehnt. Begründet wurde diese Ablehnung durch den Bürgermeister damit, dass dadurch die Flexibilität (Arbeitszeit und -platz) der Beschäftigten nicht mehr gegeben ist. Es wurde versichert dass es zu keiner Schlechterstellung gegenüber den anderen Gemeindebediensteten kommt. Wir konnten das Gegenteil belegen und einige Beispiele der Schlechterstellung aufzeigen. Diese waren aber weder für die Gemeinderäte der SPÖ, noch für die Vertreter der ÖVP ein Grund die „überlassenen Arbeiter/innen“ zu schützen. Besonders hat uns das Schweigen des Betriebsratsvorsitzenden bei den Stadtwerken, Gstättnner (ÖVP), verwundert. Als Gewerkschafter kein Wort für die Leiharbeiter oder kein Aufzeigen der Problematik „Zeitarbeit“ ist ein betriebsrätliches Armutszeugnis. Nur eine Wortmeldung, über KPÖ-Plakate aus vergangenen Zeiten, die eine Besteuerung der oberen 10tausend forderte (was auch immer das mit der Sache zu tun hat), waren der ÖVP als Ablehnung genug.

Unsere Hoffnung lag aber noch immer bei den Gemeinderäten mit dem Parteinamenszusatz „Sozial“! Sind doch einige von ihnen vermeintliche Gewerkschafter und Kämpfer, somit angeblich an einer Besserstellung von Arbeitern interessiert. Doch wurden wir eines besseren belehrt – diese sind eben nur vermeintliche Arbeitervertreter und wenig an Verbesserungen interessiert. Unser Schlusssappell, den sehr offen gestalteten Antrag (mehr als 1 Jahr Zeit zur Umsetzung) im Sinne einer sozialdemokratischen Betrachtungsweise für die Betroffenen Leiharbeiter/innen anzunehmen, wurde ohne plausible Begründung abgelehnt.

Gemeinderat Haagen nahm für sich Befangenheit als Ausrede, um nicht an der Abstimmung teilzunehmen. Sollen wir Gemeinderäte z.B. über eine Erhöhung der Musikschule nicht abstimmen weil wir Kinder haben? Oder bei der Hundersteuer als Hundebesitzer auch nicht? Sollen wir wegen Befangenheit bei der Errichtung eines Fahrradweges als Radfahrer nicht mehr teilnehmen?

Franz Eisinger

Wussten Sie, dass...

... die Gebührenerhöhung beim Schwimmbad mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen wurden?

... die FPÖ nun eine Volksbefragung zum Pflegeregress fordert? Noch im Februar stimmte die FPÖ in Graz gegen einen Antrag der KPÖ, den Regress endlich abzuschaffen.

... Mürzzuschlag einst als Wintersportstadt galt? Mittlerweile gibt es nicht einmal mehr einen Eislaufplatz, das vorhandene, teuer gekaufte Zubehör wie z.B. die Banden etc. bleiben zumindest diesen Winter unbenutzt.

Budget 2014: Aus der Stellungnahme von KPÖ GR Franz Rosenblattl

„Grundsätzlich unterscheidet sich der Voranschlag nicht wesentlich von denen der Vorjahre. Kreative und weniger kreative Ansätze führten bislang noch immer zu einem ausgeglichenen Budget.“

Keine Investitionen mehr möglich- Sparbücher werden geplündert!

Seit Jahren werden die Bedarfzuweisungen des Landes – eigentlich für Investitionen oder Ähnliches vorgesehen – für den Ausgleich im Ordentlichen Haushalt verwendet. Ebenso wird „Ersparthes“ in Form der Rücklagen dazu hergenommen um das „ganz normale Gemeindeleben – den Ordentlichen Haushalt (OH)“ zu finanzieren. Natürlich geht das auch auf Kosten der Sonderwünsche (dem Außerordentlichen OH), die schön langsam unerschwinglich werden. Das Loch, dass durch die fehlenden Parkgebühreneinnahmen entstanden ist, wird nunmehr auch aus der Allgemeinen Rücklage genommen. Tatsache ist, dass nunmehr alle Mürzzuschlager Bürger für die entfallene Parkgebühr bezahlen.

Beim Kapitel „Vertretungskörper“ liegt auch schon der Grund warum es von unserer Seite keine Zustimmung zu diesem Voranschlag gibt. Eine 25%ige Erhöhung bei den „Bezügen der Organe“ ist in diesen Zeiten, wo es oftmals nicht einmal zu Inflationsabgeltungen kommt, ein Skandal.



Wintersportplatz Mürzzuschlag

Einige Anmerkungen möchte ich zu den Wintersportanlagen machen. Noch vor einigen Jahrzehnten bezeichnete sich Mürzzuschlag als „Wintersportplatz“. Nunmehr gibt es, außer einer Hand voll Eisbahnen, keinerlei reine Wintersportanlagen mehr, was sich auch im Voranschlag widerspiegelt. Rund 10.000 € davon geplante Zuschüsse für Buskosten (für Schulen und Kindergärten) von 8.000 € zum Eislaufen nach Hönigsberg oder Langenwang. Bleiben 2.000 € für den „Wintersportplatz Mürzzuschlag“. Das ist in Wirklichkeit ein Armutzeugnis. Dagegen nehmen sich die 25.000 € Subvention für eine einmal von Brahms bewohnte Wohnung recht großzügig aus.

Teure Gemeindewohnungen

Nun zu unserem Kernthema, dem Wohnen. Die Gemeinde Mürzzuschlag hat rund 900 Wohnungen zu verwalten. Dass Kommunalen Wohnbau nicht unbedingt ein Sozialer ist, hab ich schon des öfteren erwähnt. Mittlerweile ist das Wohnen in einer Gemeindewohnung in Graz schon billiger als in Mürzzuschlag. In unserer Gemeinde ist die Hausverwaltung der Finanzabteilung und somit dem Finanzreferenten unterstellt. Da liegt meines Erachtens ein großer Widerspruch. Auf Bundesebene wäre es vergleichsweise so, wie wenn das Sozialministerium dem Wirtschaftsministerium unterstellt wäre.

Die Aufgabe eines Finanzreferenten liegt in der Verwaltung des Vermögens. Die Aufgabe eines sozialen, kommunalen Wohnungsreferates liegt aber in der Versorgung der Bevölkerung mit leistbarem Wohnraum.

Mieterhöhungen – diesmal Hönigsberg

Durch den Entfall von Landeszuschüssen zu Wohnungsdarlehen stehen weitere, diesmal Mieter von Gemeindewohnungen vor der Tatsache, dass die Wohnungen um vieles teurer werden. Die bevorstehenden Mieterhöhungen in Hönigsberg werden laut Auskunft des Finanzverantwortlichen voll auf die Mieten aufgeschlagen, ohne jede Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten der Mieter. Die SAG Gemysag steuert sehr wohl dagegen, weil es letztendlich keine Option darstellt wenn die Leute ausziehen müssen und die Wohnungen leer stehen.

Weg mit der Landesumlage

Abschließend noch eine Anmerkung zum Steuerhaushalt. Ohne Kritik an der Landesumlage kann es keine kommunistische Budgetrede geben. Die Bedarfszuweisungen des Herrn Landeshauptmann zahlen wir uns ja selbst durch eben diese Landesumlage, daher unsere Forderung weg damit! Wir stimmen diesem Budget natürlich nicht zu!“

Gemeinderat Franz Rosenblattl kritisierte in seiner Budgetrede, dass die Bezüge der Gemeindefunktionäre steigen während sonst überall gekürzt wird.



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-ProMZ, Franz Rosenblattl, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag. Druck: Kurz Hönigsberg. E-Mail: kpoemz@aon.at • Tel. 03852 / 24 53.

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.

Pensionen sind keine Almosen

Diese Pensionserhöhung macht viele Senioren ärmer. Dabei wird es in Zukunft noch dicker kommen, wenn sich die Leute nicht wehren.

1,6 Prozent mehr, die ab Februar 2014 ausgezahlt werden, bedeuten bei einer Pension von 1000 Euro lediglich 16 Euro monatlich brutto. Allein die Erhöhungen der Tarife für Wasser, Müllabfuhr, Kanal und öffentlichen Verkehr fressen einen großen Teil dieses Betrages auf.

Nur ein Beispiel: Die Vorteilscard Senior der ÖBB steigt von 27,90 auf 29 Euro, während andere Vorteilscards günstiger werden.

Wir alle werden darauf eingestimmt, viel später in Pension zu gehen. Wer schon in Pension ist, muss mit Kürzungen rechnen. Das alles ist kein Schicksal. Die EU will das in allen Ländern durchsetzen.

Unmittelbar nach der Nationalratswahl hat ein Trommelfeuer eingesetzt. Das Pensionssystem wird für unfinanzierbar erklärt. Berechnungen, die 50 Jahre in die Zukunft reichen, sollen das beweisen.

Dabei verschweigen die Meinungsmacher etwas Entscheidendes. Es geht ihnen darum, bei den Pensionen die Umverteilung von unten nach oben durchzusetzen.

Dabei handeln Regierung und Unternehmerverbände im Auftrag der EU. Sie hat sich bereits 2000 dafür ausgesprochen, das Pensionsantrittsalter hinaufzusetzen. Seither haben Deutschland und andere Staaten das Antrittsalter erhöht. Jedes Bankenrettungspaket in den EU-Krisenstaaten hat auch Pensionskürzungen und die Anhebung des Antrittsalters enthalten. Die EU Kommission denkt bereits laut über ein Pensionsantrittsalter von 72 Jahren nach. In Österreich haben alle Regierungen der letzten Jahre die Frühpension erschwert und die Pensionshöhe gekürzt. Ab 2014 werden viele Menschen die Folgen merken, wenn sie ihr Pensionskonto überprüfen.

Von Politikern und Medien werden oft „Jung“ gegen „Alt“ ausgespielt. Aber Pensionen sind keine Almosen. Sie sind ein Lohnanteil, der eben nicht während der aktiven Zeit, sondern im Alter ausbezahlt wird. Ein ausreichendes Pensionssystem ist eine große Errungenschaft zur Verhinderung von Altersarmut und eine der wichtigsten Säulen für eine soziale und gerechte Gesellschaft.

Das ist auch für junge Menschen wichtig, wird aber immer mehr in Frage gestellt.

Die Angriffe auf das Pensionssystem sind vor allem im Interesse der Versicherungskonzerne, die mit der unsicheren, kapitalmarktgedeckten Privatpension absahnen wollen.

Was bei den Pensionisten eingespart wird, fließt zu den Banken und in die EURO-Rettungspakete. Laut jüngsten Berechnungen hat die Bankenhilfe der Republik Österreich zwischen 2009 und 2012 bereits rund 4,3 Mrd. Euro gekostet. Viele weitere Milliarden werden noch dazukommen.



25% Gehaltserhöhung für Gemeindepolitiker

Eine unverschämte hohe Gehaltserhöhung beschlossen die Reformpartner Voves und Schützenhöfer und ihre „Einheitspartei SPVP“ im Landtag. Offensichtlich sollen die „braven“ Bürgermeister für ihr Wohlwollen in der Fusionfrage belohnt werden. Die Bezüge eines Bürgermeisters in einer Stadt wie Mürzzuschlag schauen zum Beispiel so aus:

Gemeinde-Einwohner	2013 in €	ab 2014 in €
7.001 - 10.000	4.320,-	5.399,-

Bürgermeisterbezüge, monatlich, brutto, 14 x eine Erhöhung um 1079 € monatlich!

Vizebürgermeister:je 30% vom Bürgermeister
 Finanzreferent:je 30% vom Bürgermeister
 Stadträte: je 20 % vom Bürgermeister



facebook

Wer kennt Facebook, nicht, das Social-Network? Viel Sinnbefreites aber auch einige

tolle Dinge finden man darin. So zum Beispiel das hier:

WAS HABEN UNSERE NEUE BILDUNGSSPRECHERIN RUDAS, UNSER AUSSENMINISTER KURZ UND UNSER WIRTSCHAFTS & WISSENSCHAFTS MINISTER MITTERLEHNER MIT EINER SCHILDKRÖTE AUF EINEM PFAHL GEMEINSAM?



- ✓ Sie wissen alle nicht, wie sie auf wundersame Art und Weise dort hoch gekommen sind
- ✓ Sie gehören da oben alle nicht hin
- ✓ Sie haben alle keine Ahnung was sie nun da oben machen sollen
- ✓ Man fragt sich warum es irgendwer für eine gute Idee halten könnte, dass sie da oben sind
- ✓ Man hat den dringenden Impuls, etwas an diesem Zustand ändern zu wollen und kann den Anblick kaum ertragen





SOZIALBERATUNG

Fragen zur Mindestsicherung, Wohnungsproblemen, familiären Fragen, Arbeitsrechtliche und andere Probleme

mit Philipp Reininger und GR Franz Rosenblattl

Freitag 10. Jänner ab 16.00 Uhr

Helfen statt Reden!

KPÖ Mürzzuschlag Wienerstrasse 148

telefonische Voranmeldung unbedingt erforderlich um Wartezeiten zu vermeiden **0650 2710550**

DIE GEWINNER DES OKTOBER- RÄTSELS

1. Preis: 35 €uro Billa-Einkaufsgutschein: Luise Kristoferitsch, Mürzzuschlag 2. Preis: Gutscheine Fa. Holzbauer: Helfried Mattl, Hönigsberg 3. Preis: je 1 Flasche Wein vom Weingut Markowitsch: Magdalena Funk Mürzzuschlag; Ingrid Urschitz Mürzzuschlag; Claudia Marl Mürzzuschlag

Preisrätsel

1	2	3	4	VII	5	6	V	7	8
9			10			I			
11	X	12						13	
IX					14	VI			
15	16	17	II	18				19	
		III		XII	20	21			
22		23	24	25	VIII	26			27
				28		29			
30		31		XI	32			33	
						34			
35	36	37					38	IV	39
					40				
41				42					
							43		

- Spielkartenfarbe
- großer Marder
- Beschäftigung, Tätigkeit
- rasch; schnell
- Entwicklung
- Landwirt
- blütenlose Wasserpflanze
- großer Fluss
- Blutgefäß
- ohne Zuneigung; unfreundlich
- lösen; weniger straff machen
- Mitgliedszahlung
- mit Absicht stoßen
- trocken; mager
- Ausgleich; Entschädigung
- vollendete Entwicklung
- Alphabet
- Futterpflanze
- böse; schlimm
- Himmelsrichtung
- Gewichtseinheit
- Getränk; Molkereiprodukt
- unterrichten
- Gartengerät, Rechen
- Großvater
- Ausruf der Verwunderung
- mit großer Flamme brennen
- Feuer
- Metalstift
- darauf bestehen
- Klostervorsteher
- Bezeichnung
- jeder ohne Ausnahme
- Teil des Armes
- Handarbeitstechnik
- kurzer Schmerzlaut
- künstlicher Wasserlauf
- Anerkennung
- Hühnerprodukt
- Falschspieler; Betrüger
- Bindewort
- Mensch der etwas stiehlt
- unbestimmter Artikel

Das Gewinnlösungswort ergibt sich aus den Lösungsbuchstaben in den römisch nummerierten Feldern. Um beim Gewinnspiel mitzumachen, einfach Lösungswort mit Ihrer Anschrift an KPÖ Mürzzuschlag übermitteln. Via E-Mail: kpoezm@aon.at oder an KPÖ, Wienerstr. 148, 8680 Mürzzuschlag senden. Die Gewinner werden am 29.01.2014 ausgelost. Einsendeschluss 25.01. 2014, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
---	----	-----	----	---	----	-----	------	----	---	----	-----

Name: _____

Strasse: _____

Wohnort: _____

Gemeindefusionen: KPO will Zwangsmaßnahmen rückgängig machen

Murgg: „Liebesentzug bei den Wahlen 2015 ist die einzige Sprache, die Voves und Schützenhöfer verstehen“

In einer Sondersitzung des Steiermärkischen Landtags beschlossen die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP die zwangsweise Zusammenlegung hunderter steirischer Gemeinden. Diese so genannte „Gemeindestrukturreform“ soll Voves und Schützenhöfer helfen, das von ihnen selbst verursachte Loch im Landesbudget durch einen radikalen Abbau der Infrastruktur im ländlichen Raum zu stopfen.

Für die KPÖ, die von Anfang an gegen die Gemeindefusionen aufgetreten ist, wies LAbg. Murgg in seiner Wortmeldung darauf hin, dass die Erfahrungen in der Gemeinde Trofaiach, wo die Fusion mit den Nachbargemeinden Gai und Hafning bereits erfolgt ist, äußerst negativ sind. „Mit falschen Versprechungen und teilweise auch Lügen, mit Märchen von ‚Umschichtungen‘ und ‚Synergieeffekten‘ wurden viele Gemeinden geködert. In Wirklichkeit ist damit gemeint, dass Schulen, Kindergärten und Servicestellen zugesperrt werden und die Gebühren auf das jeweils höchste Niveau angehoben werden. Das wird den Menschen vorher nicht gesagt.“ Kritik übte Murgg auch am Beschluss der Fusionen über die Köpfe der Betroffenen hinweg: „Ihr radiert die Demokratie aus“, rief der KPÖ-Abg. dem Landeshauptmann und seinem Stellvertreter zu

und prophezeite: „Die Anteile aus dem Finanzausgleich werden ab 2016 stark zurückgehen, weil die anderen Bundesländer nicht bereit sein werden, zugunsten der Steiermark auf ihnen bisher zustehende Mittel zu verzichten.“

Murgg: „Die einzige Sprache, die Voves und Schützenhöfer verstehen, ist der Liebesentzug bei den Gemeinderatswahlen und der Landtagswahl 2015. Ich habe die große Hoffnung, dass SPÖ und ÖVP dann keine Mehrheit mehr in diesem Hohen Haus haben und viele Maßnahmen wieder rückgängig gemacht werden können. Es ist nichts in Stein gemeißelt.“



Keine Budgetsanierung durch Gehaltsoffer

Voll berechtigt ist der Protest der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für eine akzeptable Gehaltserhöhung für 2014 und die Folgejahre, meint Josef Stingl, Bundesvorsitzender der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB).

„Geht es nach dem Willen der Regierung sollen die Beschäftigten von Bund, Ländern und Gemeinden nach der Nullrunde von 2013 auch in den folgenden Jahren durch Gehaltsabschlüsse unter der Inflationsrate für eine verfehlte Budgetpolitik bluten“ kritisiert Stingl.

Auch für die öffentlich Bediensteten steigen die Lebenshaltungskosten, daran kann auch der Verweis auf einen vergleichsweise sicheren Arbeitsplatz nichts ändern. Außerdem kann bei einer Inflationsabgeltung von einer Gehaltserhöhung noch gar keine Rede sein. Daher ist das aktuelle Angebot der Bundesregierung von 1,7 Prozent angesichts einer Inflationsrate von 2,3 Prozent eine Verhöhnung der Beschäftigten.

Der GLB weist auf die Bedeutung motivierter und fair entlohnter Mitarbeiter/innen als Basis für gut funktionierende öffentliche Dienstleistungen hin. Der Arbeitsdruck ist auch in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren durch das Ausufern von Gesetzen, Verordnung und Aufgaben enorm gestiegen. Die Bedeutung und Qualität des öffentlichen Dienstes wurde erst jüngst durch eine OECD-Studie bestätigt.

Historisches Mürzzuslag

Diese Foto ist auf einer Ansichtskarte aus dem Jahre 1904 abgebildet. Es zeigt Kinder beim Schilauflauf und beim Schlittenfahren im Bereich des „Hauptmannhügels“. Jetzt befindet sich dort der neue Teil des Pflegeheimes in der Waldgasse. Im Hintergrund sind noch Teile der alten Stadtmauer sowie der noch erhaltene Turm zu sehen.



Kinder-Wintersport in Mürzzuslag.

Die Arbeiterkammer. Was sie kann, was sie tut. Und was sie tun könnte.



Finger auf die Wunden!

Als Anlaufstelle bei Problemen in der Arbeitswelt ist die Arbeiterkammer vielen ein Begriff. Dass ihr aber auch eine große politische Verantwortung zukommt, wissen nur wenige. Dass es sie überhaupt gibt ist eine der wichtigsten Errungenschaften der österreichischen Arbeiterbewegung. Unerlässlich sind die Serviceeinrichtungen der AK. Die Rechtsabteilung ist die erste Anlaufstelle bei arbeitsrechtlichen Fragen. Im Konsumentenschutz spielt die AK eine Vorreiterrolle. In Verkehrsfragen achtet sie vor allem auf die Anliegen der Pendler.

„Ihren politischen Gestaltungsmöglichkeiten entzieht sich die steirische AK aber gerade in den letzten Jahren leider immer mehr“, kritisiert Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) und KPÖ-Gemeinderat in Graz. So wie die KPÖ im Gemeinderat und im Landtag für die Interessen der Menschen eintritt, tut das der GLB in der Arbeiterkammer.

Gegen den Pflegeregress

Dass die steirische AK jetzt mit großer Mehrheit gefordert hat, den Pflegeregress abzuschaffen, ist nicht zuletzt ein

STEIERMARK 27.3. BIS 9.4. 2014

Verdienst des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB), der über Jahre hinweg Druck gemacht hat. Pikant daran ist das Abstimmungsverhalten von roten und schwarzen AK-Räten, die gleichzeitig auch Landtagsabgeordnete sind: „In der Kammer stimmen sie für die Abschaffung des Regresses, im Landtag sind sie für seine Beibehaltung“, ist Luttenberger empört. Ein solches Verhalten ist kein Einzelfall, weiß er.

Die AK als Sozialpartner

„Mit gespaltener Zunge sprechen auch oft die AK-Präsidenten“, sagt Luttenberger: „In der Kammervollversammlung kritisieren sie lauthals die soziale Schieflage. Aber sie beschließen sie als Sozialpartner immer wieder mit!“

„Es kann nicht sein, dass soziale Verschlechterungen in Österreich von der Arbeiterkammer mitbeschlossen werden“, bringt Luttenberger das Problem auf den Punkt: Dafür, dass sich das ändert, tritt der GLB ein. „Die AK muss wieder die Finger auf die Wunden legen. Die arbeitenden Menschen haben sich eine konsequente Vertretung verdient, die nicht immer klein beigibt.“

Denkzettel!

Alle fünf Jahre finden die AK-Wahlen statt. In der Steiermark stehen von 27. März bis 9. April 2014 110 Arbeiterkammerräte zur Wahl.

Wahlberechtigt sind etwa 400.000 Menschen – jene die arbeiterkammerumlagepflichtig sind.

Es gibt stationäre Wahllokale, in größeren Betrieben auch „fliegende Wahlkommissionen“. Sonst kann per Briefwahl gewählt werden.

Die SPÖ hat aktuell 72 Mandate, die ÖVP 22, die beste Arbeitervertretung, der GLB-KPÖ nur 2 Mandate.

www.glb-steiermark.at

GLB-KPÖ

Kündigungen
Lohnkürzungen
Pflegeregress
Pensionsraub
Teuerung



Spitzenkandidat der Liste GLB-KPÖ:
Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger